Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 20/13518 –

Gasimporte aus Russland

Vorbemerkung der Fragesteller

Regelmäßig behaupten Mitglieder der Bundesregierung und der Koalition der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, dass mittlerweile Deutschland kein Gas aus Russland mehr importieren würde. Auf der offiziellen Internetseite der Bundesregierung wird informiert: „Seit Anfang 2023 ist Deutschland unabhängig von Energielieferungen aus Russland.“ (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/faq-energie-wende-2067498).

Auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/5404 zur Gasbeschaffung hat die Bundesregierung hingegen am 26. Januar 2023 geantwortet: „Der Bundesregierung ist bekannt, dass russisches Flüssigerdgas (LNG) an Flüssigerdgasterminals in europäischen Nachbarstaaten anlandet. Zum Weitertransport und Verbrauch des russischen Flüssigerdgases in Europa liegen der Bundesregierung keinerlei Informationen vor, weswegen sich auch keine Aussage über den prozentualen Anteil am eingespeicherten Gas machen lässt.“ Auch die EU-Kommission geht laut Berichten über den EU-Energierrat am 15. Oktober 2024 (table.media/europe/analyse/energierrat-russisches-gas-ist-eine-gefaehrliche-wahl/) von steigenden Importen russischen Gases in die EU aus.

1. Wie viel Gas russischer Herkunft findet im Jahr 2024 den Weg nach Deutschland?
2. Auf welchen Wegen (Pipeline bzw. LNG-Transporte) gelang russisches Gas nach Deutschland?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Im Jahr 2024 erhielt Deutschland kein Pipelinegas aus Russland. Auch über die deutschen Terminals für Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) in Nord- und Ostsee wurde nach Kenntnis des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bisher kein Russisches LNG angelandet. Zum Weitertransport und Verbrauch von LNG aus Russland in Europa liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Ob Deutschland indirekt über die Beteili-

gung von Zwischenhändlern und über Umwege LNG aus Russland importiert, ist somit nicht bekannt.

3. Was unternimmt die Bundesregierung, um Vorsorge dagegen zu treffen, dass russisches Gas nach Deutschland gelangt?

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat Russland seine Gaslieferungen über Pipelines nach Deutschland im gesamten Jahr 2022 kontinuierlich aus politischen Gründen einseitig reduziert und schließlich eingestellt. Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Lieferungen auf absehbare Zeit wiederaufgenommen werden.

4. Welche Gespräche hat die Bundesregierung mit Gasimporteuren über deren Importquellen geführt, wurden hier Garantien verlangt, und wenn nein, warum nicht?
5. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegenüber Gasimporteuren eingeführt, um Erkenntnisse über die Herkunft des importierten Gases zu erlangen?

Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat bei den wichtigsten deutschen Gasimporteuren die Herkunft des importierten Gases abgefragt und im Nachgang ein Gespräch zur Diversifizierung der Lieferländer geführt. Die Auswahl der Lieferländer bleibt eine unternehmerische Entscheidung der Gasimporteure.

6. Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass deutsche Unternehmen Kapazitäten an LNG-Terminals in anderen EU-Mitgliedstaaten für den Import von russischem Gas nutzen?

Die heutige SEFE (Securing Energy for Europe GmbH inklusive Tochtergesellschaften) vereinbarte bereits 2012 einen Vertrag mit dem russischen Hersteller Yamal Trade Pte Ltd. Damals war die SEFE noch Teil des russischen Gazprom-Konzerns und firmierte als Gazprom Germania. Aus diesem Altvertrag ergeben sich Abnahmeverpflichtungen der SEFE, gemäß derer Vertragsvolumen auch dann bezahlt werden müssten, wenn sie nicht abgenommen werden. Blicke die Abnahme aus, könnte Russland das LNG daher auf dem Weltmarkt verkaufen und so ein zweites Mal für dieselben LNG-Mengen Einnahmen generieren. Der Vertrag wird erfüllt, für die Abnahme des LNGs nutzt die SEFE-Gruppe nach Kenntnis der Bundesregierung LNG-Terminals in EU-Mitgliedstaaten.

Über darüberhinausgehende Nutzungen von LNG-Terminals in anderen EU-Mitgliedstaaten durch deutsche Unternehmen für den Import von russischem Gas liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

7. Welche Informationen liegen der Bundesregierung dazu vor, ob und wie viel Gas aus Russland Deutschland durch den Vertrag von Uniper mit dem aserbaidischen Konzern SOCAR bezieht?

Uniper hat einen Liefervertrag mit der Azerbaijan Gas Marketing Company (AGSC), der Vermarktungsgesellschaft des sogenannten Shah-Deniz-II-Konsortiums abgeschlossen. Diese verkauft ausschließlich Erdgas aus dem von BP bewirtschafteten Shah-Deniz-Erdgasfeld. Ein direkter Liefervertrag mit SOCAR besteht nicht. Das von AGSC exportierte Erdgas wird über das Pipe-

line-System „Südlicher Gaskorridor“, das aus der georgischen Transitpipeline South Caucasus Pipeline (SCP), der türkischen Transitpipeline Trans Anatolian Pipeline (TANAP) und der durch Griechenland und Albanien nach Italien führenden Trans Adriatic Pipeline (TAP) besteht, nach Italien transportiert. Uniper erhält das Gas am vertraglich vereinbarten Lieferpunkt innerhalb Italiens.

8. Wieso hat sich die Bundesregierung nicht der Initiative Frankreichs und anderer EU-Mitgliedstaaten (table.media/wp-content/uploads/2024/10/15/202940/LNG_FR.pdf) angeschlossen, die auf die Herstellung von Transparenz in Bezug auf Importeure russischen Gases drängen?

Diese Initiative ist der Bundesregierung bekannt und wird von ihr unterstützt. Jedoch erreichte uns die Initiative zu einem Zeitpunkt, zu dem keine explizite Unterstützung im Sinne einer Unterzeichnung mehr möglich war.

9. Wie plant die Bundesregierung, die Bitte der EU-Energie-Kommissarin zu erfüllen, auf die Gasunternehmen im eigenen Land einzuwirken, die Geschäfte mit russischem Gas zu beenden?

In dem erwähnten Gespräch mit den Gasimporteuren haben wir die Gasimporteure hierfür sensibilisiert, wobei wir davon ausgehen, dass bereits jetzt kein russisches Gas direkt nach Deutschland fließt.

10. Wie viele Tonnen Ammoniak, Harnstoff und Stickstoffdüngemittel wurden jeweils im Jahr 2023 sowie im ersten Halbjahr 2024 aus Russland nach Deutschland importiert, welche Auswirkungen haben diese Importe auf in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Produzenten ebendieser Rohstoffe, und wie bewertet die Bundesregierung die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit mit diesen Rohstoffen vor dem Hintergrund dieser Auswirkungen?

Importe aus Russland in Tausend Tonnen Stickstoff (N) nach Deutschland (Quelle: DESTATIS/Industrieverband Agrar)

	Ammoniak (in Tausend Tonnen Stickstoff)	Einzel- und Mehrnähr- stoffdünger (in Tausend Tonnen Stickstoff)	Harnstoffdüngemittel (in Tausend Tonnen Stickstoff)	Technischer Harn- stoff* (in Tausend Tonnen Stickstoff)
2023	Keine Daten bei Destatis vorhanden	176,4	102,5	59,6
2024 1. HJ	Keine Daten bei Destatis vorhanden	65,0	38,5	20,7

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Stickstoffdüngemittelimporte aus Russland nach Deutschland – zulasten der umweltfreundlicheren heimischen Düngemittelherstellung – signifikant angestiegen sind.

Nach Aussagen der heimischen Düngemittelindustrie und des Handels Ende 2023 wurde deutlich, dass die Importe aus Russland verzichtbar erscheinen.

Vor diesem Hintergrund prüft die Bundesregierung aktuell weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Importe. Potentiell denkbar wären hierbei die Ausweitung der bestehenden Sanktionen auf den Import von oder eine Erhöhung der Zölle auf Stickstoffdünger aus Russland.

Weitere Hilfsprogramme werden geprüft.

11. Wie begründet die Bundesregierung die Information auf ihrer Internetseite (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/faq-energie-wende-2067498), dass Deutschland seit Anfang 2023 unabhängig von russischem Gas sei?

Deutschland bezieht seit der einseitigen Einstellung von Gaslieferungen durch Russland kein Erdgas mehr direkt aus Russland. Auch über die deutschen LNG-Terminals in der Nord- und Ostsee wird nach Kenntnis des BMWK derzeit kein Russisches LNG angelandet.